



# Stimme

Informationen des Ortsfrauenausschusses der IG Metall Stuttgart

November 2016 | Nr. 79

Christiane Brenner

**Keine  
Flatrate**

GBV Daimler

**Mobiles  
Arbeiten**

Gesellschaftspolitik

**Frauen in  
Israel**

Mutterschutzgesetz

**Nachbesserungs-  
bedarf**

Machtfrage Arbeitszeitgestaltung

**Mein Leben – Meine Zeit**

**MEHR RENTE  
MEHR ZUKUNFT**

**ARBEIT:  
SICHER UND FAIR!**

**Gute Arbeit  
gut in Rente**

# Mehr Rente – Mehr Zukunft!

Unter dem Motto „Mehr Rente – Mehr Zukunft!“ führt die IG Metall eine Kampagne für eine solidarische Alterssicherung durch, damit auch zukünftig ein Leben in Würde auch im Alter möglich ist. Denn: Seit Jahren sinkt das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung, die Altersarmut nimmt zu und die Regelaltersgrenzen steigen. Die Weichen sind falsch gestellt, es braucht einen Kurswechsel, insbesondere für uns Frauen.

Diese Entwicklungen sind kein Naturgesetz, sondern Folge politischer Fehlentscheidungen: Das Rentenniveau wird schrittweise immer weiter abgesenkt und liegt aktuell bei nur noch 47,5 Prozent. Die Folgen: Selbst wer das ganze Arbeitsleben einen Durchschnittslohn verdient (2015 ca. 2917 €), muss heute bereits 28,3 Jahre einzahlen, um eine Rente auf Hartz-IV-Niveau zu bekommen. Im Jahr 2030 könnten dafür bereits 31,6 Jahre notwendig sein. Und selbst Arbeitnehmer, die 45 Jahre schaffen, wären mit ihrer Rente nicht mehr weit von der Armutsschwelle entfernt.

## Rente ist Spiegelbild des Erwerbslebens

Nach wie vor haben Frauen nicht die gleichen Entgelte wie Männer. Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern liegt immer noch bei über 20 Prozent. Die Folge: Das durchschnittliche Alterseinkommen von Frauen ist viel geringer und Altersarmut überwiegend weiblich. Die



spezifische Lebensläufe der Frauen hinterlassen gravierende Lücken bei der Alterssicherung. In der Folge wächst die Entgeltdifferenzen zu der drastischen Alterssicherungslücke von durchschnittlich 59 Prozent an.

Die typischen Erwerbsbiografien von Frauen wirken sich direkt auf die Rentenhöhe aus. Sozial ungenügend abgesicherte Jobs, wie unfreiwillig geringe Teilzeit, Mini und Midijobs, Scheinselbstständigkeit und Freiberuflichkeit, ein geringes Entgelt oder Wechselfälle des Lebens, wie eine Scheidung, sowie Auszeiten für Kindererziehung und Pflege führen zu wesentlich geringeren Altersrenten.

## Altersarmut ist weiblich

Für über eine halbe Million Menschen in Deutschland reicht die Rente nicht zum Leben. 61 Prozent

sind Frauen. Jede fünfte ältere Frau in Baden-Württemberg ist betroffen. Die Altersrenten von Frauen liegen bei durchschnittlich 563 € und sind damit nur etwa halb so hoch wie die der Männer (1016 €). Sie liegen damit einiges unter dem Sozialhilfeniveau der Grundsicherung im Alter (701 €). Die Zahl der Grundsicherungsempfänger haben sich in Baden-Württemberg in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt. Auch dies ist ein Zeichen der steigenden Altersarmut.

## Kurswechsel in der Rentenpolitik

Die Talfahrt des Rentenniveaus muss gestoppt werden. Nach Jahrzehnte langer Arbeit muss die Rente reichen, um ein anständiges Leben zu führen und mit Würde alt werden zu können. **Die IG Metall fordert, dass das gesetzliche Rentenniveau stabilisiert und dann wieder angehoben werden muss.**

Die IG Metall setzt sich unter anderem dafür ein,

- niedrige Einkommen steuerfinanziert aufzuwerten: Zeiten mit Geringverdienst müssen unbegrenzt um das 1,5-fache und höchstens auf 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aufgewertet werden.
- wieder Beiträge für Langzeit-





arbeitslose in die Rentenkasse zu entrichten und Ausfallzeiten z.B. für Kindererziehung stärker zu berücksichtigen.

- die Grundsicherung anzuheben und einen Freibetrag für Alterseinkünfte aus gesetzlicher Rente und Betriebsrenten bei der Einkommensanrechnung einzuführen.
- den Kampf gegen Altersarmut systemgerecht aus Steuermittel zu finanzieren.

Im Bundestagswahlkampf nächstes Jahr wird das Thema Rente eine große Rolle spielen. Wollen wir Verbesserungen erreichen, braucht es auch entsprechenden Druck auf die Politik. Da sind wir alle aufgefordert, an den gewerkschaftlichen Aktionen teilzunehmen.

Weitere Infos unter:  
<https://www.mehr-rente-mehr-zukunft.de>

## Minijobs sind Maximist



Unter diesem Motto haben sich am 7. Oktober die Gewerkschaftsfrauen mit einer Persiflage auf Minijobs am „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ beteiligt.

Seit 2008 setzen Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Organisationen weltweit in unterschiedlichster Form an diesem Welttag ein Zeichen gegen unsichere und ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Initiator dieses

globalen Aktionstages ist der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), der mit über 300 Mitgliedsorganisationen aus 150 Ländern die Interessen von 168 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern repräsentiert.

**Videoclip der Persiflage auf youtube:**  
 Suchbegriff „Aktionstag Stuttgart 2016“

## Weltfrauenkonferenz in Nepal – ein bewegendes Erlebnis!

In März 2016 haben 1.300 Teilnehmerinnen aus 48 Ländern darunter mehr als 200 nepalesische Helferinnen diese Konferenz gestaltet.

In zehn Workshops diskutierten 560 Teilnehmerinnen zentrale Themen der Frauenbewegung. Die Generalversammlung bildeten 74 Delegierte aus 40 Ländern. Frauen erheben sich in der ganzen Welt. Die Weltfrauenkonferenz mobilisiert und ermutigt Basis Frauen (Grassroots Women) sich zu einer nachhaltigen internationalen Bewegung zu entwickeln.

Frauen aus dem bayerischen Landtag treffen nepalesischen Parlamentsabgeordnete; Frauen aus Afrika berichten über ihre vielfältigen Bemühungen und Erfolge, Frauenorganisationen auf zu bauen, junge Frauen vernetzen sich, das alles ein Gemeinschaftswerk vieler.



© Florian Aicher/artofax.ch

# Geschafft! Faire Regeln für mobiles Arbeiten

Ab dem 1. Dezember 2016 gibt es bei Daimler eine neue Gesamtbetriebsvereinbarung (GBV) zu mobilem Arbeiten. Sie trägt ganz klar die Handschrift der Beschäftigten.

Vom ersten Schritt an wurden die Beschäftigten an allen Daimler-Standorten in Deutschland eingebunden. Die Ergebnisse dieser von der IG Metall und dem Betriebsrat initiierten Beteiligungskampagne „Mobiles Arbeiten“ wurden aufgegriffen und jetzt mit dem Gesamtbetriebsrat erfolgreich umgesetzt.

## Was steht in der neuen Vereinbarung?

- **Mobiles Arbeiten umfasst alle arbeitsvertraglich vereinbarten Tätigkeiten**, die zeitweise oder regelmäßig außerhalb der Betriebsstätten der Daimler AG online oder offline (z.B. per Computer, Smartphone oder Papiermedien) durchgeführt werden.
- **Mobiles Arbeiten kann ganztägig oder stundenweise an allen Arbeitstagen erfolgen.** Rufbereitschaft, Bereitschaftsdienst, Dienstreisen, etc. fallen nicht unter den Begriff Mobiles Arbeiten.
- **Die Beschäftigten haben grundsätzlich das Recht, mobil zu arbeiten**, wenn es mit der Arbeitsaufgabe vereinbar ist. Die Führungskräfte können Mobiles Arbeiten anregen und fördern.
- **Mobiles Arbeiten kann von den Vorgesetzten nur bei Vorliegen eines sachlichen Grundes und erst nach Erläuterung der Gründe in einem persönlichen Gespräch beendet werden.** Bei Unstimmigkeiten können zu diesem Gespräch Betriebsrat und/oder Personalbereich sowie gegebenenfalls die Schwerbehindertenvertretung hinzugezogen werden. Alle Beteiligten können einen Einigungsvorschlag unterbreiten. Ziel des Gespräches ist es, eine gemeinsame Lösung zu finden.
- **Betriebliche Arbeitszeit** im Sinne Gesamtbetriebsvereinbarung (GBV) zu Mobilem Arbeiten ist die

Arbeitszeit, die der Beschäftigte in den Betriebsstätten der Daimler AG erbringt.

- **Mobile Arbeitszeit** im Sinne der GBV ist die Arbeitszeit, die der Beschäftigte außerhalb der Betriebsstätten der Daimler AG erbringt. **Genau das haben sich die Beschäftigten, die an der Online-Befragung teilgenommen hatten, gewünscht.**

Beschäftigte müssen auch nicht mehr begründen, warum sie mobil arbeiten wollen. Dem Gesamtbetriebsrat ist es gelungen, das in der GBV festzuschreiben. Denn:

**Wie in der „virtuellen Arbeitswelt“ zusammengearbeitet wird** klären die Teams untereinander und mit ihren Vorgesetzten. Im Konfliktfall können Betriebsrat und/oder Personalabteilung eingeschaltet werden.

**Mobil gearbeitete Zeit wird vollständig erfasst und vergütet**  
Die Eingabe ins Zeitsystem erfolgt blockweise pro Tag – es wird nicht gefragt, wann genau gearbeitet wurde, sondern nur nach der gesamten Stundenzahl. Das ermöglicht Beschäftigten und Unternehmen eine deutlich höhere Flexibilität und die Bezahlung von erbrachter Leistung.

**Recht auf Zeiten der Nicht-Erreichbarkeit**  
Außerhalb der vereinbarten mobilen Arbeitszeiten besteht keine Verpflichtung des Beschäftigten, dem Unternehmen zur Verfügung zu stehen. Führungskraft und Beschäftigte/r können freiwillig gemeinsam weitere Verabredungen zur Erreichbarkeit bzw. Nicht-Erreichbarkeit treffen.

Mit Abschluss dieser GBV ist ein großer Schritt in Richtung Selbstbestimmung in der Arbeit und damit verbesserter, moderner Arbeitsbedingungen gelungen. Bis mobiles Arbeiten im Unternehmen allerdings



ein unproblematischer und selbstverständlicher Teil des Arbeitsalltags wird, ist es noch ein längerer Weg.

## Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Produktion

Uns ist klar: auch die Beschäftigten in der Produktion, für die mobiles Arbeiten bisher nicht möglich ist, brauchen gute Arbeitszeit-Lösungen, um Privat- und Berufsleben zu vereinbaren. Daran arbeiten wir im Gesamtbetriebsrat ebenfalls – gemeinsam mit unserer IG Metall. Im Rahmen der Arbeitszeitkampagne „Meine Zeit – mein Leben“ diskutieren wir Metallerinnen und Metaller derzeit in den Betrieben über Arbeitszeitfragen. Klar ist, dass die Beschäftigten nicht akzeptieren, dass Flexibilität in der Produktion oft eine Einbahnstraße ist: Die Menschen in den Fabriken sollen maximal flexibel sein, um die betrieblichen Erfordernisse zu erfüllen, auf ihre Arbeitszeit- und Flexibilitätsinteressen wird wenig bis keine Rücksicht genommen. Es ist daher zu klären, dass und wie wir für alle wieder mehr Selbstbestimmung über unsere eigene Arbeits- und Lebenszeit gewinnen. Es gilt, gemeinsam Lösungen und gute Beispiele dafür zu entwickeln und diese dann auch in der Fläche durchzusetzen – z.B. in der Tarifrunde 2018.

Für die Beteiligungskampagne „Mobiles Arbeiten bei Daimler“ wurde der Gesamtbetriebsrat bereits für den Betriebsrätepreis 2016 nominiert.

## Keine wirkliche Verbesserung

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit geht momentan eine Novellierung des Mutterschutzgesetzes durch die verschiedenen Instanzen. Eine Überprüfung und Weiterentwicklung bestehender Regelungen des Mutterschutzrechtes mit dem Ziel, dieses zu verbessern und zu erweitern, wäre eine tolle Sache. Dies ist mit der Novellierung aber nicht wirklich geschehen!

Es ist zu begrüßen, dass die Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung von acht auf zwölf Wochen verlängert wird, dass ein Kündigungsschutz für Frauen nach einer späten Fehlgeburt eingeführt wird und sich die arbeits- und gesundheitsschutzrechtlichen Bestimmungen nun auch wieder auf schwangere Schülerinnen, Praktikantinnen und Studentinnen erstrecken. Diese bezahlen oftmals, anders als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, keine Beiträge in die gesetzliche Krankenkasse. Deswegen wäre ein Mindestmutterchaftsgeld, das werdenden Müttern und Stillenden einen Anspruch unabhängig von ihrem Erwerbsarbeitsstatus zusichert, eine gute Sache, die allerdings im Gesetz (noch) nicht enthalten ist. Bedauerlich ist auch, dass die Schutzlücken für schwangere Frauen in prekären und befristeten Arbeitsverhältnissen nicht geschlossen werden.

### Nachbesserungsbedarf beim Arbeits- und Gesundheitsschutz

Nachbesserungsbedarf sieht die IG Metall besonders bei den geplanten Regelungen zur Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit. "Dass künftig Arbeitgeber mit Frauen einzelvertraglich auch Arbeitszeiten bis 22 Uhr vereinbaren können, stellt wichtige Schutzstandards für Mütter und ihre ungeborenen Kinder zur Disposition. „Man braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wer bessere Chancen zur Durchsetzung seiner Interessen in solchen Aushandlungsprozessen hat", kritisierte Hans-Jürgen Urban,



geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Faktisch führe diese Neuregelung zu einer Absenkung des bestehenden Schutzniveaus. Er verwies darauf, dass die Neuregelung zudem Bestimmungen enthalte, die vom geltenden Arbeitsschutzgesetz abwichen und Schwangere sogar schlechter stellten als die übrigen Beschäftigten: "Es ist absurd, wenn ausgerechnet für schwangere und stillende Frauen Arbeitsschutzmaßnahmen nicht möglichst frühzeitig ergriffen werden müssen, sondern erst dann, wenn eine sogenannte ‚unverantwortbare‘ Gefährdung entsteht", sagte Urban. Im modernen Arbeitsschutz gelte heute der Grundsatz, dass präventive Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Beschäftigten auch bei niedrigeren Gefährdungen ergriffen werden müssten. Mit der Neufassung des Gesetzes schaffe man nicht nur ein zweigeteiltes Arbeitsschutzrecht zulasten von Schwangeren und Stillenden, sondern zugleich auch erhebliche Widersprüche und Umsetzungsprobleme in der Praxis.

### Neue Belastungsformen nicht abgebildet

Die geltenden Regelungen des Mutterschutzgesetzes von 1952 bilden die veränderten Arbeitsbedingungen und die neueren Belastungsformen nicht mehr ab. Frauen sind überwiegend in „frauentypischen“ Berufen und Branchen tätig. Dort sind sie überproportional psychischen Belastungen ausgesetzt. Psychische Belastungen müssen deshalb aus Sicht des DGB stärker in den Fokus

des Mutterschutzgesetzes gerückt werden. Frauen sind in hohem Maße von psychischen Fehlbelastungen betroffen. Diese Belastungen können die Gesundheit der schwangeren und stillenden Frauen gefährden und die Wahrscheinlichkeit für Fehl- oder Totgeburten erhöhen.

Der DGB fordert, psychische Belastungen und ihre möglichen gesundheitlichen Folgen klar zu bestimmen und den Schutz vor Gesundheitsgefährdungen, die durch psychische Belastungen hervorgerufen werden, durchgängig im Gesetz zu verankern. Psychische Belastungen etwa durch Teilzeit, Leistungsverdichtung, Leistungsdruck, Arbeitshetze, Mangel an Handlungsspielraum und prekäre Beschäftigung sowie gesundheitliche Beeinträchtigungen durch psychische Belastungen etwa in den Pflegeberufen oder in Berufen mit regelmäßigem Kontakt mit Kundinnen und Kunden (emotionale/psychische Betroffenheit, Sorge-, Emotions- und Interaktionsarbeit) oder durch mangelnde Willkommenskultur und Mobbing in der Schwangerschaft müssen deutlicher berücksichtigt und Schutzmaßnahmen verankert werden.

Auf der Bundesfrauenkonferenz der IG Metall 2011 wurde als Ziel ein Mutterschutz von mindestens 20 Monaten bei einem Mutterchaftsgeld in Höhe des vollen Arbeitsentgeltes beschlossen, sowie ein gesetzlicher Kündigungsschutz von sechs Monaten nach Ende des Mutterschutzes.

# Frauen in Israel

**Das Meiste, was uns aus den Medien über Israel erreicht, hat mit Gewalt und Hass zu tun. Welche Rolle spielt und welchen Platz hat die Frau in Israel? Eine politische Bildungsreise im Mai diesen Jahres gab Einblicke.**

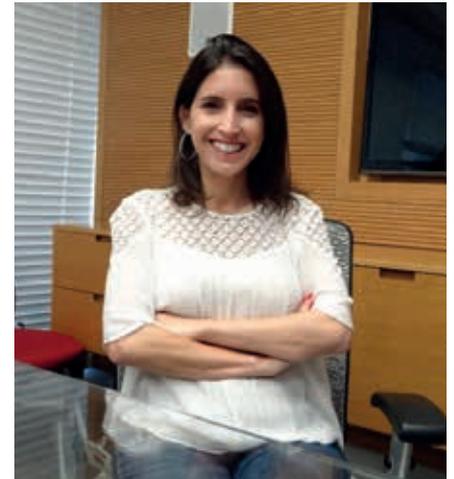


Sesshafte Beduinenfrauen haben ein Projekt gestartet, das sich zu einer Unternehmung entwickelt hat. Sie verarbeiten Schafswolle zu Teppichen und Kissen. Die Teppiche sind so groß, dass daraus Beduinenzelte entstehen. Als die Beduinenfrauen mit diesem Projekt begannen, haben ihre Männer dies toleriert. Aber nach dem es den Frauen

gelang, mit ihren Erzeugnissen Geld zu verdienen, schienen die Grenzen der männlichen Toleranz erreicht zu sein. Die Beduinenfrauen haben sich aber nicht von ihrem Weg abbringen lassen, bis auch das Eigenes - Geld - Verdienen akzeptiert werden musste. Jetzt geben sie das selbst verdiente Geld ihren Töchtern, damit sie auch zur Uni können.

Aber ganz so einfach ist es wohl doch nicht. Früher hatten nur die Jungen alle Freiheiten und Möglichkeit. Heute hat der israelische Staat ein Schulsystem installiert, das unabhängig von Geschlecht, Religion und Weltanschauung eine 12-jährige Schulpflicht plus ein Jahr Vorschule – deutlich mehr als in Deutschland – verpflichtend vorsieht. Das gilt auch für Beduinen. Die Schulkinder werden mit von den örtlichen Behörden organisierten, kostenlosen Bussen zur Schule und wieder nach Hause gefahren. Aber wenn die Mädchen die Schulzeit beendet haben, greifen nicht selten wieder die alten sozialen Un – Regeln und Verhaltensweisen. Für Beduinen bedeutet das oft, im Haus eingesperrt zu sein und alle und nur Hausarbeit zu verrichten, trotz Abi.

Ganz anders ist die berufliche Entwicklung bei den meisten Israelinnen. Eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaftspolitik ermöglicht die berufliche Chancengleichheit der Geschlechter. Die meisten Mütter haben drei und mehr Kinder – in



**Eine Moderation des Nachrichtensenders I 24 in Tel Aviv**

Deutschland sind es weniger als zwei Kinder je Mutter - und sie arbeiten voll mit. Die Kinderbetreuung ist in Israel so gut staatlich organisiert, dass die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben schon seit Jahrzehnten Realität ist. Im Anschluss an die Besichtigung des mit neuester Technologie ausgestatteten Nachrichtensenders I 24 in Tel Aviv war die junge, israelische Journalistin etwas erstaunt, dass eine deutsche Frau feststellte, dass es offensichtlich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten gäbe. Erstaunt war die junge Journalistin aber nicht darüber, dass das Geschlechterverhältnis ausgewogen sei, sondern dass die deutsche Frau überhaupt eine solche, aus ihrer Sicht Selbstverständlichkeit für erwähnenswert hielt.

Nur in einem Punkt scheint die deutsche Gesellschaft fortschrittlicher zu sein als die israelische. In Israel besteht für Frauen eine zweijährige und für Männer eine dreijährige Wehrpflicht. In Deutschland ist die Wehrpflicht, die nur für Männer besteht, ausgesetzt, woraus sich noch ein Schritt zur gänzlichen Gleichberechtigung des Mannes ableitet: die Abschaffung der Wehrpflicht. Die Zeit ist reif für die Abschaffung der Wehrpflicht gerade in Deutschland, denn Adolf Hitler hatte sie eingeführt.



# Die Schlotwiesen in Zuffenhausen

Die Schlotwiesen in Zuffenhausen sind bekannt für Schwimmen, Freizeit und Erholung. Aber die Schlotwiesen haben auch ein anderes Gesicht.

In den Schlotwiesen standen während und nach dem Zweiten Weltkrieg Baracken. Ein Lager für Zwangsarbeiter aus Frankreich, Holland, Polen und andere Nationen. Sie waren zwangsweise umgesiedelte Kriegsgefangene, die bei der Stadt Stuttgart, Porsche, Heinkel-Flugzeugmotorenwerke, und anderen Unternehmen mit Sitz in Zuffenhausen eingesetzt wurden. Die Schlotwiesen erschienen den Zuffenhausener Unternehmer als geeigneter Ort für die Zwangsarbeiterunterbringung, weil so nur wenig Zeit für den Weg zur Arbeit vergeudet wurde. Sie litten unter Hunger wegen der mangelhaften Verpflegung und unter Angst bei Luftangriffen, weil sie ungeschützt im Lager ausharren mussten.

Ein extra geschaffenes „Sonderstrafrecht“ für Ostarbeiter führte zu Erhängungen an Bäumen im Stadtwald schon bei geringsten Vergehen. Für die damalige Situation aber auch ungewöhnlich war, dass die Stuttgarter Gestapo sechs Zwangsarbeiter aus dem Lager der Schlotwiesen abholte und am 19. Mai 1943 zur Ermordung nach Welzheim ins



Gestapo-Gefängnis brachte. Stefan Gorski, Peter Czornopyski, Franz Kyrilczuk, Johann Hadam, Iwan Makarsky und Adolf Seruga waren die Namen dieser sechs Zwangsarbeiter. Sie starben besonders grausamen, weil es ein langsamer und qualvoller Tod war. Der Galgen, an dem sie erhängt wurden, hatte nicht genug Fallhöhe.

Um die Erinnerung an sie und ihren Leidensweg zu erhalten, fand am 1. Juli 2016, ergänzt durch die geschichtliche Aufarbeitung des Themas durch Schüler der Klasse 9a der Bertha-von-Suttner Realschule und untermalt und umrahmt vom Violinspiel der Künstlerin Rike Kohlhepp, die 11. Stolpersteinverlegung auf den Schlotwiesen in Zuffenhausen statt.



## Veranstaltungen Gedenkort Hotel Silber

Mit Zwangsarbeitern aus den besetzten europäischen Ländern wurde im Zweiten Weltkrieg die Kriegswirtschaft aufrechterhalten. Die Gestapo setzte zusammen mit den Betrieben die Arbeitsdisziplin und die rassenideologisch motivierte Absonderung von der einheimischen Bevölkerung durch.

### 10. Februar 2017, 19 Uhr

Vortrag zur Rolle der Gestapo bei der Überwachung und Repression der Zwangsarbeiter in Württemberg mit einem Exkurs zum Mahnmal „Tag und Nacht“ bei der Daimler Benz AG.

Mit Sigrid Brüggemann und Roland Maier (Hrsg. des Buchs „Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern“) sowie Bettina Stadtmüller (Betriebsrätin IG Metall, forscht zur Zwangsarbeit bei der Daimler-Benz AG).

Veranstaltungsort: DGBHaus, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart/  
In Kooperation mit der IG Metall Stuttgart

### 11. Februar 2017, 15 Uhr

Busrundfahrt zu Standorten der Zwangsarbeit bei der Daimler-Benz AG in Stuttgart.

Führung durch B. Stadtmüller.

Treffpunkt: „Hotel Silber“,  
Dorotheenstr. 10, 70173 Stuttgart,  
Dauer: 2-3 Stunden, Kosten: keine

#### Information und Anmeldung

Haus der Geschichte  
Baden-Württemberg  
Tel. 0711/212 3989  
Fax 0711/212 3979  
besucherdienst@hdgbw.de

#### Weitere Informationen zum „Hotel Silber“

www.geschichtsort-hotel-silber.de  
www.hotel-silber.de

# Keine Flatrate auf Arbeitszeit

05.10.2016, 2. Betriebsrätinnen-Tag der IG Metall in Berlin | Was für Handyverträge sinnvoll ist, darf nicht auf die Arbeitszeit übertragen werden. Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, lehnt es ab, dass Beschäftigte rund um die Uhr verfügbar sein müssen. Sie fordert, dass sich die Arbeitszeit wieder stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientiert.

Ein eiliger Auftrag oder ein Projekt, das in der Endphase ist - wenn es notwendig ist, arbeiten immer mehr Arbeitnehmer auch am Wochenende oder nach Feierabend. Sie schauen am Arbeitsplatz nicht auf die Uhr, arbeiten nicht selten bis in den Abend hinein, manche auch im Urlaub oder am Wochenende. Die Arbeit muss schließlich gemacht werden, sagen sich Viele und sie arbeiten oft deutlich länger, als es im Arbeitsvertrag oder im Tarifvertrag festgelegt ist.

## Tatsächliche Arbeitszeiten steigen

In der Metall- und Elektroindustrie gilt die 35-Stunden-Woche - in den alten Bundesländern. Im Osten sind es 38 Stunden, die nach dem Tarifvertrag in der Woche gearbeitet werden sollte. Tatsächlich haben sich jedoch die Arbeitszeiten in beiden Regionen angenähert und liegen im Bundesdurchschnitt bei 40 Stunden wöchentlich. "Die Arbeitgeber konnten nunmehr jahrzehntelang die tariflich vereinbarte 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie in alle Richtungen nach ihren Erfordernissen ausdehnen", kritisiert Christiane Benner auf dem Betriebsrätinnen-Tag der IG Metall in Berlin. Tatsächlich arbeitet nur noch ein Fünftel der Beschäftigten in den Branchen der IG Metall heutzutage 35 Stunden. Drei Viertel der Metallerrinnen und Metaller arbeiten länger. Ein Großteil dieser Überstunden verfällt. Für 2015 kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) deutschlandweit auf 997 Millionen unbezahlte Überstunden.



"Das ist nichts anderes als eine versteckte Entgeltkürzung! Das ist nichts anderes, als den Wert von Arbeit anzugreifen", kritisiert die Gewerkschafterin.

## Bedürfnisse der Beschäftigten

"Wir wollen keine Flatrate auf die Arbeitszeit! Das mag für Handyverträge sinnvoll sein, aber ganz sicher nicht für Arbeitsverträge", so die Gewerkschafterin. Menschliche Arbeit hat einen Wert. Diese Leitlinie muss auch für das digitale Zeitalter gelten - gerade weil sich mit der Digitalisierung die technischen Möglichkeiten radikal verändern. Die Gefahr ist groß, dass damit der Druck auf die Beschäftigten steigt, im Job noch präsenter und flexibler sein zu müssen.

Das Ziel darf nicht sein, jederzeit und an jedem Ort arbeiten zu müssen. Die IG Metall lehnt die Rundum-die-Uhr-Verfügbarkeit ab. "Wir wollen eine neue Balance, ein neues Gleich-

gewicht zwischen den Bedürfnissen der Beschäftigten und den betrieblichen Erfordernissen herstellen", so Benner. Dafür sind klare Regelungen notwendig. Die IG Metall fordert deshalb in ihrer Arbeitszeitkampagne:

- **Mehr Gerechtigkeit:** Jede geleistete Stunde muss erfasst und vergütet werden, unabhängig davon ob sie zu Hause oder unterwegs gearbeitet wurde.
- **Mehr Sicherheit:** Arbeit muss planbar sein und Zeit für Qualifizierung und Weiterbildung ermöglichen.
- **Mehr Gesundheit:** Humane Pausenregelungen und Schichtsysteme, sowie vernünftige Vereinbarungen für mobiles Arbeiten. Zudem muss ausreichend Personal vorhanden sein.
- **Mehr Vereinbarkeit:** Dazu gehören mehr Zeitsouveränität, lebensphasenorientierte Arbeitszeiten sowie ein verbindliches Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit.

# Vertrauensfrauenempfang

**Einige dutzend Vertreterinnen fast aller aktiven IG Metall-Betriebe trafen sich Anfang Oktober zum Austausch rund um das Thema betriebliche Gewerkschaftsarbeit.**

Interessiert, voller Ideen und Taten drang waren die Stuttgarter Vertrauensfrauen der Einladung des Ortsfrauenausschusses (OFA) gefolgt. Im Fokus der Veranstaltung stand der informative Austausch über die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb.

Neben Infoständen zur Arbeit des Ortsfrauenausschusses und der Vertrauensleute, stellten die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen der IG Metall Stuttgart die einzelnen Bereiche der Geschäftsstelle vor. Sie informierten, wie diese Infrastruktur für die Vertrauensleutearbeit genutzt werden kann: Von der Auswahl und Organisation von Seminaren über die Bera-

tungsabläufe in der Rechtsstelle bis zur Erstellung einer Betriebszeitung. Zum Auftakt des Vernetzungstreffens zog Britta Cartarius, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall, Bilanz über die gleichstellungspolitischen Fortschritte in der Arbeitswelt: Zwar sind Mindestlohn und Elterngeld plus Schritte in die richtige Richtung, dennoch steht unsere Gesellschaft immer noch vor vielen Herausforderungen damit auch Entgeltgleichheit und gleiche Aufstiegschancen erreicht werden. Um diese Herausforderungen meistern zu können, ist es das Ziel der IG Metall, mehr Frauen als Mitglieder zu gewinnen und gewerkschaftlich zu organisieren. Letztes Jahr waren beispielsweise nur 12,4 Prozent der Vertrauensleute weiblich. "Damit können wir uns nicht zufrieden geben. Denn auch für Betriebsrat und Gewerkschaft gilt: Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten!" formuliert Britta Cartarius den Anspruch der



anwesenden Teilnehmerinnen. "Unsere Vernetzungstreffen bietet den Vertrauensfrauen neben Informationen zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen auch die Gelegenheit zu Austausch und Diskussion, denn nur gemeinsam können wir die Rahmenbedingungen der Arbeit der Zukunft gestalten", erklärt das Leitungsteam des Ortsfrauenausschusses der IG Metall Stuttgart.

Der Ortsfrauenausschuss (OFA) ist ein gewähltes Gremium der IG Metall Geschäftsstelle Stuttgart. Willkommen ist jede Kollegin, die Interesse an der Frauenarbeit hat oder sich für bestimmte Schwerpunktthemen interessiert.

Nähere Informationen:  
[stuttgart.igm.de/frauen/](http://stuttgart.igm.de/frauen/)

# Smart Mob am Equal Pay Day

**Cirka 100 Frauen versammelten sich am Samstag, 19. März. - am equal pay day - auf die Minute pünktlich um 12.45 Uhr vor dem Musikpavillon am Stuttgarter Schlossplatz, um mit einem Smartmob gegen die Entgeltdiskriminierung von Frauen zu protestieren.**

Mit roten Taschen, roten Schuhen und roten Schals demonstrieren die

Frauen ihren Unmut. Die Farbe Rot steht für die roten Zahlen auf dem Konto vieler Frauen. Denn bei Einkommen und Renten klafft weiter eine riesige Lücke zwischen Frauen und Männern - insgesamt 21 Prozent.

Arbeitnehmerinnen verdienen 2015 durchschnittlich 16,20 Euro brutto je Stunde, Männer 20,59 Euro.



# Machtfrage Arbeitszeitgestaltung

**"Mein Leben, meine Zeit - Arbeit neu denken" - Betriebspolitische Konferenz am 22. Juni 2016 in der Kongresshalle Böblingen. Schichtarbeit, Mobiles Arbeiten, Arbeitszeitkonten, Arbeitszeitverfall und Leistungsverdichtung - das Thema Arbeitszeit hat viele Facetten, vor allem für Frauen. Über 400 BetriebsrätInnen und Vertrauensleute haben an der Konferenz und sieben Foren teilgenommen.**

Die Konferenz war Teil der bundesweiten IG Metall-Kampagne "Mein Leben, meine Zeit - Arbeit neu denken". Hintergrund ist die sich verändernde Arbeitswelt, die mit steigenden Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen, aber auch mit dem Wunsch der Beschäftigten nach größerer Zeitsouveränität einhergeht. In Böblingen standen vor allem drei Themen im Mittelpunkt: gesunde Schichtarbeit, die Erfassung und Vergütung von Arbeitszeit und die Gestaltung von mobilem Arbeiten.



Bezirksleiter Zitzelsberger: "Arbeit muss stärker durch die Beschäftigten beeinflussbar werden, Diskussion um Arbeitszeitgesetz darf nicht zu Lasten der Menschen gehen". Die IG Metall Baden-Württemberg setzt sich für Arbeitszeitmodelle ein, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden und ein gesundes Arbeiten bis ins Alter ermöglichen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um den Dialogprozess "Arbeit 4.0" des Bundesarbeitsministeriums erteilte Bezirksleiter Roman Zitzelsberger Überlegungen eine Absage, wonach

Schutzrechte der Beschäftigten im Arbeitszeitgesetz in Gefahr geraten könnten. *"Ausufernde Arbeitszeiten und steigende Leistungsanforderungen in vielen Betrieben zeigen, dass Schutzrechte der Beschäftigten bei allem Modernisierungsbedarf weiter zwingend notwendig sind."*

Die IG Metall will Arbeitszeitmodelle entwerfen, die es auch und gerade Frauen leichter machen, eine selbstbestimmte Gestaltung passend zur persönlichen Lebenssituation zu erhalten. An einer Konferenz zum Thema Arbeitszeiten in Böblingen nahmen am heutigen Mittwoch mehr als 400 Betriebsrät\_innen und Vertrauensleute der IG Metall aus ganz Baden-Württemberg teil - ein Beleg dafür, wie sehr das Thema die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt.

In Böblingen standen vor allem drei Themen im Mittelpunkt: gesunde Schichtarbeit, die Erfassung und Vergütung von Arbeitszeit und die Gestaltung von mobilem Arbeiten.

Wie notwendig Regelungen zu den einzelnen Themen sind, machte Zitzelsberger am Beispiel mobilen Arbeitens deutlich: "Die Möglichkeit dazu soll helfen, Beruf und Freizeit besser in Einklang zu bringen. Es bedeutet aber nicht, dass Beschäftigte zu Hause weiterarbeiten, weil ihre Arbeit in der normalen Zeit nicht zu schaffen ist." Eine weitere Schwierigkeit seien starre Abläufe in der Produktion, die den Einsatz flexibler Arbeitszeitmodelle erschweren.

In Böblingen wurde anhand betrieblicher Beispiele diskutiert, wie flexible Arbeitszeitmodelle in Zukunft aussehen können, zudem gaben zwei Referenten aus Wissenschaft und Politik Einblick in Arbeitstrends und gesetzliche Vorhaben.

Laut Josephine Hofmann vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Arbeitsorganisation (IAO) *"nehmen nicht nur die Bedürfnisse der Be-*



Moderatorin Uschi Götz

*schäftigten nach flexiblen Arbeitsorten und -zeiten zu, sondern auch die Bereitschaft der Unternehmen darauf einzugehen."*

Der Wunsch nach mehr Flexibilität ziehe sich heute durch alle Beschäftigtengruppen und sei längst nicht mehr nur auf "Zeit für Kinder" beschränkt. Ähnlich wichtig sei Beschäftigten die Pflege von Angehörigen, Wege einzusparen oder in Ruhe von zu Hause aus zu arbeiten.

Die IG Metall Baden-Württemberg wird sich in den nächsten anderthalb Jahren intensiv mit dem Thema Arbeitszeit beschäftigen, neben einer bundesweiten Befragung über die Vorstellungen der Beschäftigten rund um Arbeitszeit wird das Thema auf zahlreichen Veranstaltungen von haupt- und ehrenamtlichen Metalllerinnen und Metallern diskutiert. Im Ergebnis könnten flexible Arbeitszeitregeln in die Forderung der Tarifrunde 2018 einfließen.

*"Im Kern wird es darum gehen, das richtige Verhältnis zwischen notwendiger Flexibilität für das Unternehmen und dem Wunsch nach Zeitsouveränität der Beschäftigten zu finden", sagte Zitzelsberger. Dabei sei es zwingend notwendig, Fragen der Arbeitszeit und Leistung gemeinsam zu diskutieren. Einfach wird die Debatte laut dem Bezirksleiter nicht: "Fragen von Arbeitszeitgestaltung waren in der Geschichte der IG Metall immer auch Machtfragen."*

# NEIN zu Gewalt an Frauen!

**Der 25. November erinnert an die drei Schwestern Maria Teresa, Minerva und Patria Mirabal, die der Diktator Trujillo, Präsident der Dominikanischen Republik, 1960 ermorden ließ.**

Die drei Schwestern hatten mutig, auch im Untergrund, gegen ihn gekämpft. Dort hießen sie „Mariposas“, die Schmetterlinge. Sie wurden zu einem Symbol des Widerstands gegen Gewalt an Frauen. 1981, beim ersten Kongress karibischer Frauen in Bogota, wurde der Todestag der „Hermanas Mirabal“, der 25. November,



als internationaler Aktionstag gegen Gewalt an Frauen vorgeschlagen.

1999 wurde der 25. November durch die UNO zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen erklärt. Heute ist dieser Tag, angesichts der vielen Kriegs- und Krisenherde auf der Welt, wo beispielsweise der islamische Staat mit äußerster Brutalität gegen Frauen und Mädchen vorgeht, aktueller denn je. Aber auch der Wahlkampf in den USA mit den sexistischen Äußerungen des Präsidentschafts-Kandidaten Trump zeigte auf: In den „entwickelten“ Industriestaaten gibt es für Frauen und Mädchen genügend Gründe, am 25. November in die Öffentlichkeit zu gehen!

Ein Auszug aus der Erklärung von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November: „... Meine Kampagne zur



Beendigung der Gewalt gegen Frauen ... steht im Austausch mit Regierungen, internationalen Organisationen, gesellschaftlichen Gruppen, den Medien und vielen ganz normalen Bürgern. Letztes Jahr haben wir weltweit Jugendliche gefragt, was sie tun würden, um die Gewalt gegen Frauen zu beenden. Die Antworten haben mich sehr bestärkt. Viele der Jugendlichen haben ein Ende der Ignoranz gefordert. Sie wünschen sich, dass wir weiter für Menschenrechte werben und den Opfern beistehen sollten. Ein Jugendlicher meinte, dass es gerade die Jungen sind, die helfen können, die Gewalt gegen Frauen zu beenden - und zwar „indem sie zu verantwortungs- und respektvollen Vätern und Ehemännern heranwachsen“.

Über die Mirabal Schwestern gibt es ein sehr schönes Buch und auch ein Film: „In the Time of the Butterflies“ (Die Zeit der Schmetterlinge). In den Hauptrollen spielen unter anderem Salma Hayek, Edward James Olmos und Mia Maestro.

## „Die Zeit der Schmetterlinge“



Julia Alvarez lässt jede der Schwestern selbst zu Wort kommen und über ihr Leben erzählen.

Die Handlung spielt in der Zeit des dominikanischen Diktators Trujillo. Minerva Mirabal und ihre Schwestern schließen sich der Widerstandsbewegung an.



Minerva folgt dabei ihrer ersten Liebe, dem Revolutionär Lio.

Die Gruppe bezeichnet sich selbst als Schmetterlinge. Die Schwestern besuchen im November 1960 ihre verhafteten Ehemänner. Sie werden nach dem Besuch des Gefängnisses entführt, geschlagen und getötet.

**ARBEIT:**  
**SICHER UND FAIR!**  
 Gute Arbeit  
 gut in Rente

Nicht vergessen:  
 Bildungs-  
 zeit!



**LUNTE Nr. 79**  
 November 2016  
**Herausgeber:**  
 IG Metall Stuttgart, Ortsfrauenausschuss  
**Verantwortlich:**  
 Uwe Meinhardt, 1. Bevollmächtigter  
 IG Metall Stuttgart  
**Redaktion:**  
 Christa Hourani, Else Lehmann, Monika Müller-  
 Bertrand, Bettina Stadtmüller, Britta Cartarius  
 (IGM) und Rebekka Henschel (IGM)  
**Bildquellen:**  
 Seite 1: IG Metall Vorstand Frankfurt  
 Seiten 2, 3: IG Metall; Christa Hourani; Florian Aicher/  
 artofax.ch  
 Seite 4, 5: Panthermedia; Bettina Stadtmüller  
 Seite 6, 7: Katharina Schreiter; Gedenkort Hotel Silber  
 Seite 8: IG Metall Vorstand Frankfurt  
 Seite 9: Susanne Greger-Adam; Rebekka Henschel  
 Seite 10: IG Metall Ba-Wü  
 Seite 11: Freepik.com; Panthermedia; Hilfetelefon.de  
 Seite 12: IG Metall Cartoon, fotolia © www.pelzinger.de  
**Druck:** SZ Mediengestaltung, Nagold

